

Gründungsparteitag DIE LINKE. Thüringen

Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Deutschen Bundestag

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bin zu diesem Parteitag deshalb besonders gerne gekommen, weil ich ja sonst gar nicht so gerne zu Parteitagen gehe, wie ich gelegentlich schon zugegeben habe, weil Ihr Euch heute vereinigt oder das organisiert mit der WASG. Nun weiß ich auch, und ich hoffe, ich trete damit den Mitgliedern der WASG in Thüringen nicht zu nahe, den ehemaligen Mitgliedern, jetzt sind wir ja alle Mitglieder der Partei DIE LINKE, aber ich hoffe, ich trete ihnen nicht zu nahe, dass ich sage, wir begrüßen Euch sehr, aber der Schwerpunkt lag logischerweise bei den Mitgliedern in den alten Bundesländern, weil hier immer die Schwäche unserer früheren Partei existierte, die wir alleine nicht überwunden haben. Das müssen wir ehrlicherweise zugeben.

Wenn ich darüber nachdenke, wie wir uns entwickelt haben von 1990 oder 1989 an, dann war das natürlich ein wirklich spannender Vorgang. Manchmal machte ich mir bei Parteitagen dergestalt Sorgen, dass ich feststellte, dass wir nur 17 Jahre älter geworden sind. Also es fehlt mir irgendwie die 9. Und das ändert sich gerade. Es gibt eine neue Entwicklung. Und das ist spannend, sich mal vor Augen zu führen, womit das Ganze zusammenhängt, sich auch klar darüber zu werden, welchen Weg wir gegangen sind, welchen Weg wir beschritten haben und welche Erfolge dabei erzielt worden sind.

Als wir im Jahre 1989 feststellten, dass es mit der DDR nicht so weiterginge, Ihr wisst, was dann ein Jahr später alles geschehen ist, war es auch klar, dass die Partei, aus der nicht alle von Euch, aber doch einige von Euch und ich kamen, so nicht bleiben konnte, dass wir sie grundlegend erneuern mussten. Und das erste,

was wir im Dezember 1989 vollzogen haben und was uns prägt bis heute und was uns immer zu prägen hat, ist der vollständige Bruch mit dem Stalinismus. Mit uns gibt es nie wieder ein diktatorischen oder autoritären Sozialismus, nur noch einen demokratischen.

Das bedeutet, dass es immer eine demokratische Kontrolle politischer Macht geben muss. Und es bedeutet zum zweiten, dass man verhindern muss, dass eine große wirtschaftliche private Macht entsteht. Das ist aber schon wieder komplizierter, weil wir ja auch keine Staatswirtschaft wollen. Also ist die Frage, wie man das organisiert. Auch hier sind wir im Laufe der Jahre weitergekommen, indem wir gesagt haben, die Schlüsselbereiche müssen in öffentliche Hand. Wenn Bolivien sein Erdöl verstaatlicht, ist das völlig korrekt, weil es nicht hinnehmbar ist, dass der Reichtum eines Landes nur zu Gewinnen amerikanischer Konzerne führt, aber nicht zum Reichtum des eigenen Volkes. Und dann haben wir erkannt, dass es eine öffentliche Daseinsvorsorge gibt, die eben öffentlich sein muss. Ob ich den Bereich der Bildung nehme, ob ich Wasser nehme, ob ich Energie nehme, ob ich Teile der Wohnung nehme, ob ich Teile der Kultur nehme, ob ich das Gesundheitswesen nehme, all das wollen wir nicht, dass es sich nach den Prinzipien des Geldes richtet. Wir wollen nicht, dass das Krankenhaus und damit die Krankheit sich rechnet, sondern wir wollen so viel Gesundheit wie möglich. Das ist ein völlig anderer Maßstab. Und deshalb treten wir hier gegen die Privatisierungen ein, die immer nur dazu führen, dass die Sozialleistungen abgebaut werden, dass sich alles rechnen muss mit zum Teil katastrophalen Folgen.

Und wenn wir das festgestellt haben, wenn wir das festgestellt haben, dann fügen wir hinzu, um nicht missverstanden zu werden, wir wollen aber nicht die Staatsbäckerei, sondern wir wollen unterhalb dieser Ebene eine faire freie Marktwirtschaft, die so organisiert wird, dass es immer ein Druck zu hoher Qualität und zu geringen Preisen gibt. Aber wenn es irgendwo ein Monopol gibt, dann sage ich Euch, ist mir ein staatliches Monopol immer lieber als ein

privates, weil bei einem staatlichen, da kannste viel Mist bauen, aber die Verantwortlichen kann ich durch Wahl wenigstens auswechseln, bei einem privaten Monopol nicht. Und deshalb einmal die Bevölkerung Einfluss und in dem anderen Falle nicht.

Ergo sind wir durchaus auch Marktwirtschaftler, nämlich dort, wo die Marktwirtschaft hingehört, aber wir sagen eben auch, sie gehört nicht ins Gesundheitswesen, nicht in die Bildung, aus ganz bestimmten Gründen, die ich Euch hier gar nicht zu erläutern braucht.

Ich habe das auch nur erwähnt, um klar zu machen, dass wir in der Zeit uns immer weiter entwickelt, auch was unsere Vorstellungen betrifft. Trotzdem hatten wir ein Problem. Und das Problem bestand darin, dass wir bundespolitisch so gut wie nicht wahrgenommen wurden. Dadurch, dass sich unsere Akzeptanz im Wesentlichen auf den Osten reduzierte, hier wurden wir schrittweise zur Volkspartei, auch in Thüringen, ich bitte Euch, denkt mal an die ersten Wahlergebnisse in Thüringen und die letzten, da liegt auch schon eine beachtliche Entwicklung dahinter, aber trotzdem hatten wir keine nennenswerten Ergebnisse, weder in Bayern noch in Hessen noch in Nordrhein-Westfalen. Damit mussten wir umgehen.

Was hatte das für Folgen?

Die eine Folge bestand darin, dass wir zunächst darunter litten. Nachdem wir alle darunter gelitten haben, fingen wir uns an, daran zu gewöhnen. Nachdem wir angefangen hatten, uns daran zu gewöhnen, machten wir uns es darin gemütlich. Das ist ja klar. Das Problem war nur, bundespolitisch spielten in zwei Fragen eine Rolle – bei Friedenspolitik und wenn es um die Frage der Vereinigung ging und damit um die Situation der Ostdeutschen und in diesem Zusammenhang auch um Geschichtsfragen. Bei der Steuerpolitik, bei der Arbeitsmarktpolitik, bei der Wissenschaftspolitik haben sie sich für unsere Meinung nicht interessiert, weder die Medien noch die Öffentlichkeit, geschweige denn die anderen Parteien.

Und das ist natürlich auch etwas Lähmendes. Da sitzt du im Bundestag, schreibst immer Anträge, hältst immer Rede und keiner interessiert sich dafür. Das baut nicht auf, sondern ab.

Aber Ihr hier in Thüringen und die anderen in Sachsen und in Brandenburg, Ihr wurdet natürlich ernst genommen, weil Ihr ja in Euern Ländern eine starke Volkspartei wart und Ihr habt ja bei den letzten Wahlen immer auf Platz 2 gelegen, wobei ich finde, man kann auch irgendwann mal auf den Platz 1 zusteuern. Ich will es bloß einmal sagen, aber immerhin. Und auf Dauer geht das nicht gut, wenn man landespolitisch ein relativ große Bedeutung hat und bundespolitisch doch im Verhältnis dazu eine eher kleine Bedeutung hat, weil das Widersprüche sind, die dann so ein Bundesvorstand erst einmal aushalten muss. Ich halte ja so etwas ganz gut aus. Aber wie Ihr wisst, andere schlechter. Das alles hatte seine Folgen.

Und es war für mich natürlich im Kern schon enttäuschend, weil unsere Wirkungen zu gering blieben. Übrigens auch was die Vereinigungspolitik betrifft. Und dann mussten wir uns damit auseinandersetzen, dass die Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten anders organisiert war als Frankreich, als Italien, als Holland, als Spanien, als Portugal. Dort herrschte ein tiefer, fast militanter Antikommunismus, der dazu führte, dass es in der Bevölkerung kein nennenswertes Bedürfnis nach einer politischen Kraft links von der SPD gab. Das schwankte immer so um 1 % Bereich. Aber weiter ging das Bedürfnis nicht. Das kann man ja bejammern, aber es war so. Und dann kam noch hinzu, dass ich mitbekam habe, nicht für die Generation Kohl, aber für die Generation danach Schröder, Fischer, etc. war die DDR vielmehr Ausland als Frankreich, Italien oder Großbritannien. Beide Regierungen, als wir noch zwei deutsche Staaten hatten, konnten sich mit ihren Vorstellungen nicht durchsetzen. Honecker wollte, dass die Bürgerinnen und Bürger der DDR sich der Mongolei enger verbunden fühlen als der Bundesrepublik Deutschland. Damit ist er gescheitert. Und Kohl wollte, dass seine Bürgerinnen und Bürger

jeden Tag eine halbe Stunde an die Schwester und Brüder im Osten denken.

Damit ist er auch gescheitert. Die dachten gar nicht daran.

Das heißt, die Ferne war viel größer als ich es vermutet hatte. Und abgesehen davon, dass wir die falsche Vergangenheit hatten und noch eine falsche Ideologie vertreten hatten, also all das, was Schwierigkeiten schon machte logischerweise in den alten Bundesländern, kam eben noch hinzu, dass wir eine ausländische Partei waren. Versteht Ihr? Für so einen richtigen Menschen in Passau waren wir so eine Art westpolnischer Partei und bis der die wählt, da vergeht etwas Zeit. Und das ist auch gar nicht so leicht, sich diesbezüglich Argument einfallen zulassen. Und deshalb kam ja bei uns der Zeitpunkt, wo wir das auch aufgeben haben und gesagt haben, das läuft eben nicht.

Also wir müssen immer das 1 % da irgendwie mitnehmen. Und ich sage immer den Mitgliedern aus den alten Bundesländern, die in dieser Zeit zu uns eingetreten sind, dass wir ihnen wirklich auch zu großem Dank verpflichtet sind, denn sie sind ja gegen den Mainstream eingetreten, sie haben ja etwas gemacht, was in ihren Ländern völlig unüblich war.

Aber nun gab es in Europa eine andere Entwicklung. Der kalte Krieg war vorbei, viele hatten gehofft, dass es Kriege gar nicht mehr gibt. Die Antwort war, dass der Krieg heute schon wieder gewöhnlich wird.

Wie selbstverständlich hört man abends die Nachrichten, wie viele Tote es im Irak, wie viele Tote es in Afghanistan gab. Das Völkerrecht ist dabei gebrochen worden. Die Mehrheit aller Völker Europas wollte den Irakkrieg nicht, aber Regierungen wie Blair und andere haben ihn dennoch organisiert.

Es entstanden diesbezüglich spannende Fragen. Wer soll denn das Ganze stoppen und wie? Diese Stillstandzeit des kalten Krieges war vorbei. Die nächste Frage war, was wird aus dem gesamten erreichten Sozialstaatskompromiss? Gerade der rheinische Kapitalismus in der alten Bundesrepublik Deutschland hatte ja für Arbeitslose, für Rentnerinnen und Rentner, für Kranke durchaus

sozusagen im Wege des Sozialstaatskompromisses die ein oder andere vernünftige Regelung hervorgebracht. Alles stand plötzlich infrage.

Und zwar stand es deshalb infrage, weil diejenigen, die immer das Stichwort Globalisierung benutzen, das ist ja nichts weiter als ein globaler Kapitalismus, also dass diejenigen, die den Teufel meinten jetzt kann man ungeschminkt große Gewinne machen und die Sozialleistung Schritt für Schritt abbauen. Und Kräfte, die so denken, setzten sich in fast allen europäischen Ländern durch.

Und was macht dann eine Bevölkerung?

Also ich musste ja dann erst begreifen, wenn ich das noch erzählen darf, dass die Gewerkschaften in den alten Bundesländern mir erklärten, dass die DDR immer ihr dritter Tarifpartner war, weil sie hat es erleichtert, den ein oder anderen Kompromiss zu bekommen und dass sie jetzt gar nicht wussten, wie sie jetzt verhandeln sollen. Und deshalb sind die Gewerkschaften in den letzten Jahren auch so in die Defensive geraten mit entsprechenden Konsequenzen. So war das alles.

Und was machte dann die europäische Bevölkerung? Sie wählte die Sozialdemokratie. Weil die Völker Europas haben folgende Art. Sie wählen immer dann die Konservativen, wenn sie meinen, dass man die Wirtschaft stärken müsste. Ich meine, ich kann das nicht nachvollziehen, aber sie machen es so. Und die Sozialdemokratie wählen sie entweder aus außenpolitischen Gründen, ich sage einmal neue Ostpolitik Willy Brandt, oder wenn sie glauben, die soziale Gerechtigkeit wird so grob verletzt, dass man diesbezüglich Korrekturen braucht, dass man eine höhere Form der Gerechtigkeit wieder anzustreben hat. So wählten sie die Sozialdemokratie. Aber dann war es Blair, der den Krieg in Afghanistan führte als Sozialdemokrat. Und dann machte der Schröder eine Steuer- und Sozialpolitik, wie sie sich Kohl nie getraut hätte. Das ist die Wahrheit. Der hat Steuergeschenke gemacht in Richtung Vermögende, in Richtung Bestverdienende und Besserverdienende, in Richtung Konzerne und gleichzeitig den Kranken, den Arbeitslosen und den Rentnerinnen und Rentnern

erklärt, dass er für sie nichts mehr hat und damit hat er die SPD entsozialdemokratisiert und die Agenda 2010 steht für Entsozialdemokratisierung der SPD. Das hat die Bundesrepublik Deutschland nachhaltig verändert. Und zwar hat sie das deshalb so nachhaltig verändert, weil die Leute ja nicht mehr wussten, wen sie denn nun jetzt wählen sollen für mehr soziale Gerechtigkeit. Die Union – ist ja ein Scherz. Die FDP – ist ja noch mehr als witzig. Die Grünen – die haben mal die Hausbesetzer vertreten, die sind aber inzwischen Hausbesitzer geworden und so denken sie auch. Und die SPD machte es auch nicht mehr. Und da habe ich mich damals gefragt, was machen die jetzt in den alten Bundesländern. Sie müssen doch irgendwie einen neuen Weg suchen. Und wir müssen uns darüber im Klaren sein, deshalb wurde die WASG gebildet und deshalb fand sie plötzlich Akzeptanz in der Bevölkerung der alten Bundesländer. Und zwar deshalb Akzeptanz, weil die sich sagten, wenn es zur SPD keinen Korrekturfaktor gibt, dann wird die SPD so, wie die Union ist, und zweimal Union brauchen wir nicht in Deutschland. Und das ist ja wahr. So und dann habe ich mir gleich gesagt, wieso kommen die nicht zu uns. Auch interessant, sich zu überlegen. Warum gründen sie eine eigene Partei? Na gut, nun sind sie den Weg gegangen und da kam Oskar Lafontaine und hat uns ungeheuer wirksam geholfen, indem er gesagt hat, er findet das Projekt gut, er macht da auch mit, aber nur, wenn es beide zusammen machen. Manchmal brauchst du ja auch von außen den Anschluss. Und den Anschluss haben wir genutzt und dann haben wir uns vereinigt, und zwar im Juni des Jahres 2007. Also wenn es nach mir gegangen wäre, hätten wir das auch schon 2006 machen können, aber ich weiß ja, wie schwer das ist bei Linken, wo du dich über 18 Sätze verständigen musst. Na das ist ja vielleicht ein komplizierter Vorgang. Das ist mir alles völlig klar. Und über vieles mehr. Aber weil einer hier ist, sonst müsste ich sie alle benennen, aber einer ist hier, will ich ihn mal benennen, der daran wirklich aktiv gearbeitet hat, damit das

Ganze überhaupt gelingt, das war Bodo Ramelow, dem man dafür wirklich ausdrücklich danken muss.

Ich komme auf ihn noch einmal zu sprechen, er ahnt wahrscheinlich weshalb.

Aber das ist dann erst zum Schluss. Bevor ich Thüringen drohe, muss ich ja erst noch andere Sachen hier erzählen. Nicht wahr.

Und zwar die Wahl 2005 hat ja nicht nur uns in den alten Bundesländern ein Ergebnis gebracht, von dem wir früher gar nicht träumen konnten, 4,9 Prozent mit übrigens einem herausragenden im Saarland. Also deshalb weiß ich auch, was eine Persönlichkeit in einem besonderen Bundesland zu bedeuten hat. Man darf übrigens nicht vergessen, das Saarland ist als erstes beigetragen, aber vor uns in den 50er Jahren, also nur, damit man das nicht ganz vergisst.

Und Ihr seht, das hat Folgen bis heute.

Aber davon ganz abgesehen, aber davon ganz abgesehen, das war das eine. Das war das Ergebnis. Das zweite, was ganz wichtig war, war die Frage, verlieren wir dadurch im Osten. Viele haben gesagt, wenn wir im Westen gewinnen, verlieren wir im Osten. Das war nicht der Fall. Wir haben zugelegt im Osten, und zwar weil uns erstens die gewählt haben, die sagen, durch uns wird die Ostproblematik in die Politik gebracht, aber zweitens haben uns auch jene gewählt, denen das bis dahin zu wenig war und die sagten, jetzt können die überhaupt eine bundespolitische Relevanz bekommen, was sie interessierte. Also wir haben sogar zugelegt im Osten.

Und das Dritte, und das Entscheidendste war, dass wir seitdem Einfluss haben auf den Zeitgeist. Ich möchte Euch daran erinnern, der Zeitgeist war durch und durch neoliberal geprägt. Fast jeder Kommentar in der Zeitung, fast jeder Kommentar im Rundfunk und im Fernsehen hatte den gleichen Inhalt. Das ist hart für Arbeitslose, das ist nicht schön für Rentnerinnen und Rentner, ist auch für Kranke schwierig, aber es gibt keinen anderen Weg. Man muss das Ganze auf eine neue, auf eine solidere Grundlage stellen. Und der internationale Wettbewerb. Wir müssen die Steuern für die Konzerne senken, sonst gehen die

ja alle weg. Und wenn man eine Vermögensteuer macht, dann verlassen uns alle Vermögenden. Übrigens Schweden hat eine Vermögensteuer. Wir haben keine. Und die Zahl der vermögenden Schweden, die deshalb zu uns gezogen sind, hält sich sehr in Grenzen. Also bloß einmal etwas zu der Theorie.

Aber, versteht Ihr, das konnte man alles lesen, hören und sehen.

Und du kamst da gar nicht rein. Und wenn Ihr Euch jetzt einmal die Kommentare durchlest, wenn Ihr jetzt einmal die Kommentare im Rundfunk hört und im Fernsehen, werdet Ihr Veränderungen feststellen. Im Wahlkampf 2005 haben wir für gesetzlichen Mindestlohn gestritten und uns haben alle erklärt, dass das ökonomischer und sozialer Unsinn ist. Heute tut die SPD so, als ob sie ihn erfunden hätte. Und ich behaupte, sie würde darüber gar nicht sprechen, gäbe es uns nicht. Das ist die Wahl.

Und selbst die Bundeskanzlerin Merkel hat den Begriff gesetzlichen Mindestlohn schon in den Mund genommen. Nicht das sie ihn will, soweit geht es nun wieder nicht. Aber es hat sich etwas verändert.

Wir sind für eine völlig andere internationale Politik. Wir haben noch nie daran geglaubt, dass man Terror mittels Krieg bekämpfen kann, denn Krieg ist die Höchstform von Terror und mit der Höchstform von Terror kriegst du Terror nicht bekämpft, sondern du erzeugst nur neuen Hass und neuer Hass ist die Grundlage für weitere Terroranschläge. Wer Terroranschläge vermeiden will, muss als erstes mal raus aus der Spirale der Gewalt und nicht immer wieder mit der Form der Gewalt antworten.

Um es hier einmal ganz deutlich zu sagen. Die Industriegesellschaften, die führenden kapitalistischen Länder sind militärisch allen anderen Ländern weit überlegen. Es gibt aber in anderen Ländern Hass. Wie wehrt der sich, wenn er militärisch keine Chance hat, dann kommt er auf Terrorakte. In früherer Zeit waren Terrorakte immer gerichtet gegen die Oberhäupter der Staaten. Die sind heute so geschützt, dass sie nicht rankommen und dann sprengen sie Züge in die Luft, treffen völlig unbeteiligte Zivilisten, organisieren bei uns eine

Riesenkatastrophe, brauchen wir gar nicht darüber zu reden. Ist doch ganz klar, dass wir das genauso scharf verurteilen wie alle anderen auch.

Aber wenn ich das weiß, kann doch meine Antwort nicht sein, jetzt rüste ich noch stärker auf, jetzt werde ich militärisch noch überlegener, weil dann deren Antwort ist, dann machen wir noch mehr Terror. Wir müssen raus aus dieser Gedankenwelt, die dort herrscht in dieser Welt.

Und im Übrigen müssen wir uns in Deutschland Gedanken machen. Wir liegen an sechster Stelle bei der Herstellung von Rüstungsgütern, weltweit, an sechster Stelle. Fünf Länder stellen mehr Rüstungsgüter her als Deutschland. Aber es gibt 192 Staaten, alle anderen liegen hinter uns. Ich sage das nur, weil noch etwas anderes hinzukommt. Wir sind der drittgrößte Waffenexporteur der Welt, inzwischen auf Platz 3. Nur die USA und Russland sind vor uns, dann kommen wir. Wer weltweit seine Waffen verkauft, hat überhaupt keine Chance zu regulieren, wann und gegen wen sie eingesetzt wird. Und deshalb sage ich noch ein Gebiet von vorhin, wo ich für Verstaatlichung bin, wenn wir es nicht abschaffen können. Ich bin für die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie. Und ich will Ihnen auch sagen warum, weil ich eins will als Voraussetzung, wenn man Frieden schaffen will, dass es aufhört, dass man am Krieg verdienen kann. Es verdienen zu viele zu viel am Krieg. Das ist unser Problem.

Wir haben das thematisiert. Wir sind für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Und jetzt wird in der SPD diskutiert der Abzug der Soldaten aus Afghanistan. Ohne uns wäre das dort kein Thema. Das meine ich mit Bröckeln des Zeitgeistes.

Wir haben gesagt, Hartz IV ist grob ungerecht und haben insbesondere immer auch das Schicksal älterer Arbeitsloser hingewiesen, die lange eingezahlt haben und jetzt nur noch ein Jahr lang ihr Arbeitslosengeld I beziehen und danach per Gesetz zur Armut gezwungen werden. Und ich bleibe auch bei dieser Formulierung. Was sind wir dafür kritisiert worden. Inzwischen hat es der Spiegel übernommen. Der schreibt jetzt „Armut per Gesetz“. Ich will es bloß

einmal sagen. Und warum ist das so tragisch? Ich nehme immer das Beispiel eines eher besser Verdienenden. Ein alleinstehender Ingenieur, der 25 Jahre als Ingenieur gearbeitet hat, 25 Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, der sich den Lebensstandard eines Ingenieurs aufgebaut hat, ohne jedes Verschulden wird der Anfang 50 arbeitslos, der hat nicht einmal die Andeutung einer Chance auf Vermittlung als Ingenieur. Das ist die Wahrheit. Und dann kriegt der ein Jahr lang Arbeitslosengeld I. Das ist 60 % dessen, was er verdient hat. Damit kommt er so gerade hin. Und dann sagen wir ihm, Schluss, Aus, Feierabend. ALG II kannst du jetzt bekommen. Damit kannst du deine notdürftigsten Bedürfnisse befriedigen, aber nur unter einer Bedingung, dass du vorher deinen ganzen Lebensstandard, dein Sparguthaben, deine Altersversorgung, die Größe deiner Wohnung, dein Auto alles auf das Maß reduzierst, was wir einem Sozialhilfeempfänger zubilligen. Und du musst in das Gesicht eines solchen 52jährigen Ingenieurs erst mal gucken, bevor du das zum Gesetz erklärst, aber die SPD hat es zum Gesetz erklärt.

Und jetzt, und das meine ich mit Bröckeln des Zeitgeistes, kommen Herr Rüttgers und andere Unionspolitiker und sagen, man muss diesen älteren Arbeitslosen doch länger Arbeitslosengeld I geben. Auch das ist Wirkung von uns. Machen allerdings einen üblen Vorschlag, sie sagen, dass muss sich rechnen, deshalb muss man es den jüngeren Arbeitslosen wegnehmen. Also verstehen Sie, keiner kommt auf die Idee zu sagen, dass die Deutsche Bank einmal etwas dafür bezahlen muss oder die besonders Reichen in unserer Gesellschaft, sondern die jungen Arbeitslosen sollen das bezahlen. Das ist natürlich wieder indiskutabel. Aber richtig ist, dass die älteren Arbeitslosen zumindest länger Arbeitslosengeld I bekommen müssen. Ich wollte nur Euch etwas Hoffnung geben. Es ist nicht so, dass Veränderungen eingetreten sind, über die wir uns freuen können. Aber der Zeitgeist beginnt sich zu verändern. Und solange sich der Zeitgeist nicht verändert, kriegst du gar keine Änderungen im Bundestag durch. Voraussetzung ist immer, dass die Öffentlichkeit sichtbar

auch über Medien etwas anderes will, dann beginnen Debatten und dann erreicht man auch das eine oder andere.

Und unsere Stärke seit der Wahl 2005 besteht darin, dass wir Einfluss gewonnen haben, auch den Zeitgeist. Und diese Stärke müssen wir ausbauen.

Nun habe ich Euch ja vorhin gesagt, wir haben es uns in den Ländern etwas gemütlich gemacht so mit unseren inneren Auseinandersetzungen. Wir mussten auf dem Bundesparteitag die Mitglieder aus Bayern und Hamburg nicht mehr fürchten. Am Anfang waren wir wie die meisten Ostdeutschen. Ich kann mich noch an einen Parteitag erinnern, wo alle fieberten, weil welche aus den alten Bundesländern sprachen und dann saßen wir ja alle da und staunten, weil so bedeutende Leute kamen. Habe ich alles erlebt. Nun hatte ich immer zum Glück ein ausreichendes Selbstbewusstsein und habe dann immer versucht, ein bisschen etwas dagegen zu machen. Ich habe erlebt, wie meine ostdeutschen Abgeordneten im Bundestag anderer Parteien sich alle erst einmal Entschuldigungsreden hielten. Es war mir immer sauepeinlich, aber ändern konnte ich es ja nicht. Und wenn die übrigens unzufrieden waren in ihren Fraktionen haben sie sich bei mir beschwert, als ob ich immer noch dafür zuständig sei. Auch interessant.

Aber ich will über diese Erlebnisse gar nicht berichten.

Ich will nur sagen, unsere Hamburger Genossen, wir hatten da so eine kleine Gruppe, die war immer besonders anstrengend. Ihr wisst, ich bin prinzipiell gegen Studiengebühren, aber nachdem die im 16 Jahr studierten, habe ich das einzige Mal überlegt, ob man nicht doch welche einführen sollte. Aber ich bleibe natürlich bei meiner Gegnerschaft. Ich bleibe natürlich bei meiner Gegnerschaft, wie Ihr wisst aus vielen Gründen.

Ich sage nur, das hat uns alles tief beeindruckt. Und dann habe ich mitgekriegt, wie Euch das alle nicht mehr interessiert hat. Dann kamen die immer zu Beginn des Parteitages, stellten sofort ihre fünf Anträge, alle lachten, alle Anträge wurden abgelehnt und da war es vorbei. Das meine ich mit gemütlich.

Versteht Ihr. Und das ist vorbei. Und darunter leiden noch einige.

Ich finde das aber richtig. Wenn wir eine bundes- und europapolitische Bedeutung haben wollen, müssen wir diese Art von Ungemütlichkeit nicht nur in Kauf nehmen, sondern sogar begrüßen, weil sie uns anders fordert. Das ist das Entscheidende. Und das ist so.

Linke aus Frankreich, aus Italien, aus anderen Ländern, sie setzen auf uns. Sie haben Hoffnung, dass uns das gelungen ist die Bildung DIE LINKE und dann noch in Deutschland und das bei der Geschichte Deutschlands. Jetzt Kundgebungen zu machen in Bayern, in Nordrhein-Westfalen, in Hessen, sie haben einen völlig anderen Charakter. Die Menschen setzen auch Hoffnungen in uns. Das ist wieder das Problem. Wer sich in Verantwortung begibt, hat auch eine solche. Und er kann auch dazu neigen, Leute zu enttäuschen. Genau das darf uns nicht passieren.

Aber wir haben auf der anderen Seite die Situation, dass die SPD und die Union, aber auch die FDP und die Grünen leiden unter unserer Existenz jetzt und sie leiden jetzt noch viel mehr. Ich habe mir überlegt, jetzt ist doch alles Quark, wir müssen ja mit denen auch leben, warum können die nicht mit uns leben? Also so eine ganz normale Haltung. Und da ist mir aufgefallen, die sind natürlich, soweit sie aus den alten Bundesländern kommen, verwöhnt. Die hatten Jahrzehnte ohne eine Partei, eine nennenswerte Partei links von der Sozialdemokratie. Und die dachten, das geht immer so weiter. Und jetzt haben wir etwas organisiert. Die Europäische Normalisierung Deutschlands. Ob du Frankreich nimmst, Italien nimmst, Holland nimmst, Spanien nimmst, Portugal nimmst, in all diesen Ländern gehört zum akzeptierten politischen Spektrum eine Partei links von der Sozialdemokratie. Nur in Deutschland war das nicht so.

Und nun muss ich den Konservativen, den Sozialdemokraten, den Freidemokraten und den Grünen ganz einfach eins sagen, bloß weil ihr ein paar Jahrzehnte es leichter hatte als die Konservativen, Sozialdemokraten, Grünen und Freidemokraten in Spanien, in Italien, in Frankreich, in Portugal, in Holland

könnt ihr nicht ernsthaft davon ausgehen, dass ihr es in den nächsten Jahren weiterhin leichter habt. Nein, jetzt habt ihr es so schwer wie die anderen. Gott, was soll denn nur daran so katastrophales sein. Ich kann es nicht begreifen. Und ich muss sagen, ich habe heute gelesen, was der Generalsekretär der CDU Thüringens zu uns gesagt hat. Ich muss einmal sagen, so ein reaktionäres Gequatsche habe ich schon lange nicht mehr gelesen. Also wirklich wahr. Es hat mich einfach, schon der Sprachgebrauch hat mich einfach umgehauen, aus welcher Zeit ist der denn übrig geblieben? Also wirklich wahr. Dann wendet der sich gegen Spitzel und fordert sofort Spitzel gegen uns. Das merkt der nicht einmal. Also verstehen Sie, also das ist ja eine Beschränktheit des Geistes. Das hat mich wirklich also erstaunt. Das muss ich schon sagen. Aber es ändert nichts daran. Wir sind da. Er kriegt es auch nicht geändert. Ganz egal, was er organisiert. Und ich bin übrigens der Meinung, wir haben eine erfolgreiche Organklage erhoben gegen unsere Beobachtung. Die müssen einfach lernen, wir verteidigen das Grundgesetz stärker als die anderen. Die große Koalition macht Gesetze, die nicht mal mehr der Bundespräsident unterschreibt. Das ist die Wahrheit. Und ich glaube, ich würde wirklich gern einmal wissen, wann im Verfassungsschutz das letzte Mal das Grundgesetz gelesen wurde. Sie sollen ja eigentlich die Verfassung schützen. Aber das machen sie nicht, indem sie ihre Leute abstellen, um uns auszuspionieren. Nein, wir nehmen das nicht länger hin. Ich sage es hier einmal offen, ganz am Anfang habe ich das so ein bisschen verstanden, also bei unserer Herkunft 89/90 habe ich mir gedacht, naja so ein Geheimdienst der Bundesrepublik interessiert sich natürlich so dafür, was wir so treiben. Also, es mag ja juristisch falsch sein, dass ich das zugebe, aber so für drei Jahre habe ich mir gesagt, okay, aber was nun ist denn jetzt noch dran. Ihr müsst Euch mal die Berichte lesen, das steht bloß Unsinn drin. Ich verstehe es überhaupt nicht. Dann sagen Sie mir, da gibt es ein paar alte mit falschen Auffassungen. Sage ich, ja, also erstens habt Ihr auch keine richtigen, aber

zweitens, selbst wenn, na und, die wollen ihre Biografie anders sehen und eine gerechte Rente. Mein Gott was ist denn daran nicht grundgesetzgemäß? Ich kann es überhaupt nicht nachvollziehen. Ich muss das einmal ganz deutlich sagen. Ich will, dass damit jetzt Schluss gemacht wird. Wir sind eine gleichberechtigte Partei in der Bundesrepublik Deutschland und das haben die anderen genauso zur Kenntnis zu nehmen.

Jetzt hat Oskar Lafontaine im Spiegel vorgeschlagen, dass ja Beck sofort Kanzler werden kann und wenn er in vier Punkten uns entgegenkommt.

Früher hätte es ja bei uns gleich ein paar Aufschreie gegeben. Die gibt es nicht, und zwar deshalb, weil alle wissen, der kommt in den vier Punkten uns sowieso nicht entgegen. Aber das ist ja trotzdem spannend.

Er sagt, Bundeswehr raus aus Afghanistan. Immerhin darüber wird diskutiert.

Er sagt, keine Rente ab 67, sondern schon ab 65. Eine Selbstverständlichkeit.

Die Entsolidarisierung zu Lasten der Alten ist nicht länger hinnehmbar in dieser Gesellschaft.

Er sagt, der gesetzliche Mindestlohn muss eingeführt werden und er sagt, Hartz IV muss überwunden werden.

Wissen Sie, was das Problem der SPD ist? Nicht das sie nein zu uns sagt. Das Problem ist zu erklären, wieso sie gegen die vier Punkte ist. Verstehen Sie?

Glücklicherweise haben die Medien ja immer geschrieben, um welche vier Punkte es ging. Und da gibt es natürlich zunehmend Leute die sagen, ja was ist denn daran so furchtbar? Warum kann man denn das nicht machen? Wenn das die einzigen Bedingungen sind.

Nun sage ich, ein Punkt fehlt. Ein Punkt zum Osten.

Ich möchte einen spezifischen Punkt noch zum Osten haben. Da müsste der Beck auch noch nachgeben. Sagen wir einmal, gleiche Rente für gleiche Lebensleistung in Ost und West, eine völlige Selbstverständlichkeit.

Also würde ich noch als fünften Punkt dazu nehmen. Aber Herr Beck erklärt natürlich, dass das alles nicht ginge, dass er auch gar nicht mit uns redet und er

sagt der Koalition mit uns auf Bundesebene geht nicht und in den alten Bundesländern auch nicht. Er lässt nur die neuen aus.

Ich bitte Euch, einmal darüber nachzudenken, was das eigentlich heißt.

Wir sind im Kopf, in der Einheit, weiter als Herr Beck. Denn bei uns käme niemand auf die Idee zu sagen, ich kann mit einer Partei nur in den alten Bundesländern oder nur in den neuen Bundesländern koalieren und in den anderen nicht. Also entweder können wir mit ihr gar nicht koalieren oder selbstverständlich in allen Bundesländern. Das er sagt, das ginge nur in den neuen Bundesländern, da kommt er nämlich an Berlin nicht vorbei, deshalb muss er das ja sagen, aber es ginge nicht in den alten heißt, er spaltet die Gesellschaft im Jahre 17 nach Herstellung der Deutschen Einheit erneut und sagt, es gibt Koalitionen, die man nur im Osten machen kann, aber nicht im Westen machen kann. Das müsst Ihr Euch einmal, das hat kaum ein Medium mal kommentiert, was das eigentlich heißt. Der geht noch von zwei Deutschlands aus. Und ich finde es wichtig, dass die LINKE diesbezüglich weiter ist, und das sind wir auch. Und deshalb ist das nicht unser Ansatz.

Aber das entscheidende Thema sind die vier Punkte oder wenn wir einen fünften nehmen die fünf Punkte. Wenn wir die benennen, heißt das natürlich nicht, dass es nicht weitere Forderungen bei uns gibt. Damit wir hier kein Missverständnissen unterliegen. Wir fordern natürlich darüber hinaus Steuergerechtigkeit. Wir fordern eine scharfe Korrektur der Gesundheitsreform. Verstehen Sie, wenn Sie als Anwalt erleben, dass jemand zu mir kommt Ende Juni, der Fieber hat und nicht zum Arzt geht, um die Gebühr zu sparen, weil er dann lieber Anfang Juli geht, wenn er sie nur einmal bezahlen muss, dann ist das in einem reichen Land wie der Bundesrepublik Deutschland unerträglich. Das sind Zustände, die wir in Entwicklungsländern überwinden wollen. Die führen wir hier ein.

Und natürlich fordern wir einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Auch da beginnt sich übrigens Herr Müntefering im Augenblick zu bewegen.

Und zwar nicht einmal nur oder in erster Linie, um Arbeitslosigkeit abzubauen, sondern in erster Linie, um Arbeiten verrichtet zu bekommen, wo kein privater Gewinn entsteht und wo es deshalb kein Angebot gibt. Ich sage, es gibt sehr begabte Kinder, die müssen mehr gefördert werden. Wir haben dafür keine Einrichtung. Die LINKEN sind doch nicht gegen Begabtenförderung. Wir sind bloß dagegen, dass die eine Begabung gefördert wird und die andere nicht. D. h. wir sind dafür, dass die begabte Tochter des Professors genauso gefördert wird wie der begabte Sohn der alleinerziehenden Sozialhilfeempfängerin. Das ist der Unterschied.

Und dann gibt es Kinder, denen die Schule schwerfällt. Da muss es Förderunterricht geben. Ja, wer macht denn das? Da kann man sagen, ja wenn man so einen Vater ist, wie ich oder auch einmal ein Großvater oder was auch immer, kann man ja das bezahlen. Aber dann gibt es viele, die können das nicht bezahlen. Was machen wir denn dort? Es gibt kein Angebot für diese, die es nicht bezahlen können. Versteht Ihr? Wenn wir jetzt eine Einrichtung schüfen, in der es solchen Förderunterricht gibt, dann könnten Leute wie ich Gebühren bezahlen. Ist ja okay und andere müssen keine bezahlen, wäre auch okay. Und dann musst du es öffentlich fördern, weil es sich sonst nicht rechnet. Aber du machst niemanden privat Konkurrenz, weil es dort gar nicht Privates gibt. Wir wollen ja nicht als öffentlich-geförderten Beschäftigungssektor einen zweiten Malerbetrieb, sondern wir wollen das, was es sonst gar nicht gibt und wir könnten zugleich Arbeitslosigkeit überwinden und statt das Geld für Arbeitslosigkeit auszugeben, könnten wir es so für Beschäftigung ausgeben. Was ist denn daran so unvernünftig?

Ich verstehe es nicht. Wir brauchen diesen Sektor.

Und wir brauchen natürlich hohe Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung. Ich sage es noch einmal: Die Erdöl- und Goldreserven Deutschlands sind sehr begrenzt. Ich meine die Vorkommen. Reserven haben die schon.

Und deshalb können wir hier nicht eine Wirtschaftspolitik wie Dubai machen. Topp war Deutschland immer dahingehend, dass wir die bestausgebildetste Bevölkerung hatten. Das war auch ein Anziehungspunkt für ausländische Investoren. Und auch wenn Sie es im Bundestag nicht gerne hören, ich sage es immer wieder, in der DDR hat jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz gehabt und wenn es die marode Volkswirtschaft der DDR leisten konnte, will ich nicht begreifen, dass die reiche Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland es nicht packt. Ich will es nicht begreifen.

Und dann muss man sagen, die Facharbeiterinnen und Facharbeiter sowohl aus dem Osten als auch aus dem Westen waren gut ausgebildet. Auch die Abiturientin und Abiturienten waren gut ausgebildet und die mit den Abgängen aus der zehnten Klasse auch. Alles gar nicht meine Frage. Das Problem ist, das war einmal. Jetzt sind wir in Europa unterdurchschnittlich geworden. Das ist ein Skandal sondergleichen, weil meine Generation darf an sich noch sparen, aber sie darf nicht der Jugend die Zukunft nehmen und wir sind dabei, der Jugend die Zukunft zu nehmen und dazu haben wir überhaupt kein Recht, überhaupt kein Recht.

Und wir müssen uns einsetzen für die Einheit von politischer Freiheit von Bürgerinnen- und Bürgerrechten und sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit. Wir wollen beides, nicht entweder oder.

Jemand aus der Plattform sagte einmal zu mir, ist nicht die soziale Sicherheit wichtiger als die politische Freiheit. Und die FDP sagt mir immer, ist nicht die Freiheit wichtiger als die soziale Sicherheit. Ich sage, ich lasse mich darauf überhaupt nicht mehr ein. Ich weiß sehr wohl, dass man je nach eigener Situation die Dinge unterschiedlich beurteilt. Aber als Partei müssen wir sagen, wir wollen beides und wir machen nirgendwo Abstriche. Das ist unsere Erfahrung aus der Geschichte. Bei beidem keine Abstriche.

Und jetzt ist Herr Schäuble dabei, die Bürgerrechte bei uns so regeln zu wollen wie sie Bin Laden haben will. Ich sage hier ganz klar, Bin Laden darf nicht

bestimmten über welche Bürgerrechte wir verfügen. Darüber müssen wir selbst entscheiden und sie müssen so hoch wie möglich sein.

Nun seid Ihr hier mitten in einer Legislaturperiode, aber so in zwei Jahren wählt ihr ja wieder. Wird auch Zeit. Und ich will das hier ganz klar sagen. Die Union in Thüringen ist selbstgerecht. Sie ist auch arrogant. Sie ist aber auch verklemmt. Sie ist deutlich schlechter als sie glaubt. Die SPD ist schwächlich. Das ahnt sie immerhin. Und ich finde, die LINKE ist hier einfach besser. Und weil ich das finde, ich habe noch einen Hintergedanken, den sage ich Euch dann, möchte ich natürlich, dass Ihr gestärkt aus der nächsten Wahl hervorgeht. Dafür muss man hart arbeiten. Dafür muss man ehrlich und vertrauenswürdig sein. Dafür muss man ran an die Bürgerinnen und Bürger. Das ist klar. Das wisst Ihr alle selbst. Aber ich sage Euch auch, es hat ungeheure bundespolitische Bedeutung. Wenn wir in den Ländern, Ihr habt ja gesehen, was nur unser Einzug in Bremen schon verursacht hat, wenn wir jetzt zulegen in Thüringen, wenn wir wieder stärker werden als die SPD, wenn die dann so groß gekocht ist, dass sie bereit ist, als kleinerer Partner mit uns eine Koalition einzugehen, wenn also Bodo Ramelow endlich ein tüchtiger Ministerpräsident des Landes Thüringen wird, sage ich einmal, und das braucht dieses Land, dann hat das erstmal unmittelbar positive Folgen für Thüringen, die werde ich Ihnen gleich erläutern, aber es hat zum zweiten eine wirklich bundespolitische Relevanz, weil die SPD dort, weil die Union dort, weil die FDP und die Grünen uns logischerweise viel ernster nehmen und was heißt denn das, uns ernster zu nehmen, uns ernster zu nehmen, heißt die Dinge, die ich vorhin aufgezählt habe, wo es bröckelt anzugehen, Arbeitslose besser zu stellen, Kranke besser zu stellen, die Lebensverhältnisse Ost/West anzugleichen, und zwar immer in der Hoffnung, wenn sie die Dinge erfüllen, die die Leute als berechtigt bei uns ansehen, dann müssen sie uns ja nicht mehr wählen. Das machen die ja nicht, weil sie so gutmütig sind, sondern das machen die, weil sie hoffen, dadurch sozusagen unsere Akzeptanz abzubauen. Deshalb ist es so klug, den Leuten zu erklären,

dass sie für sich etwas tun, wenn sie uns wählen, weil die anderen dann vernünftiger werden. Wir müssen ja noch gar nichts machen.

Die anderen verändern sich ja dann. Das ist wirklich, das ist wichtig, es ihnen zu erklären.

Aber nun will ich auch noch erklären, was Thüringen unmittelbar davon hat, nicht nur wegen der Verbesserung der Wirtschaftspolitik, nicht nur wegen der Verbesserung der Sozialpolitik, Wissenschafts-, Bildungspolitik, all das. Nein, es geht um etwas ganz unmittelbares. Man kann langweilig wählen oder spannend. Und die CDU in Thüringen, das hatten wir ja nun seit 1990 immer an der Regierung. Das interessiert auch keinen mehr außerhalb Thüringens. In Thüringen schon.

Aber wenn hier der erste Ministerpräsident von der LINKEN gestellt wird, verspreche ich Euch, dass interessiert auch die Journalistinnen und Journalisten aus den USA, aus Finnland, aus Spanien, aus Portugal, von überall, weil die wollen wissen, was ist mit Thüringen los. Die wollen wissen, was passiert da. Das ist ein außergewöhnlicher Vorgang. Wenn die sich alle dafür interessieren, müssen die alle herkommen. Wenn die alle herkommen, um Interviews zu machen, zu fragen, zu erforschen, die werden sogar Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Geheimdienste, alles kommt, alle die, die da kommen, müsst Ihr in Euren Hotels unterbringen. Die essen hier in Gaststätten, die kaufen hier ein. Das ist ein unmittelbarer und direkter wirtschaftlicher Aufschwung, den man nur erzielen kann, indem man uns wählt nicht immer nur die Union.

Danke.